



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 15. Sitzung des Beirates Gesunde Städte (GS/015/2017)

am Montag, 4. Dezember 2017,

16:30 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 3, 3. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:30 Uhr
Ende der Sitzung: 17:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Astrid Ihle

Prof. Dr. Dieter W. Scheuch

Kati Bischoffberger

Janett Schmiedgen

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Dr. Thomas Brockow

Bernd Jursch

Prof. Dr. Joachim Kugler

Dr. Marion Lehnert

Dr. Rotraut Sawatzki

stimmberechtigte Mitglieder - Stadtverwaltung

Dr. Peggy Looks

Marion Panek

Arne Rehse

Stellvertretende Mitglieder

Wolf Hagen Braun

Vertretung für Herrn Hans-Joachim Klaudius

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Hans-Joachim Klaudius

Holger Zastrow

stimmberechtigte Mitglieder - Stadtverwaltung

Claudia Kasimir-Glaeser

Verwaltung:

Tina Goldbach

GB 5, SB Ernährungsinformation und -aufklärung

Schriftführerin:

Heidrun Volbrecht

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Eröffnung der Sitzung und Abstimmung der Tagesordnung
- 1.1 Festlegungen aus den letzten Sitzungen
- 2 Gesunde Ernährung: Ansätze zur Gesundheitsförderung in verschiedenen Settings
- 3 Bericht zu Arbeitsschwerpunkten im WHO-Projekt "Gesunde Städte"
- 4 Informationen/Sonstiges

Nicht öffentlich

- 5 Informationen/Sonstiges

öffentlich

- 1 **Eröffnung der Sitzung und Abstimmung der Tagesordnung**

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur vorliegenden Tagesordnung gibt es keine Änderungen oder Ergänzungen.

- 1.1 **Festlegungen aus den letzten Sitzungen**

Inhaltsleer

- 2 **Gesunde Ernährung: Ansätze zur Gesundheitsförderung in verschiedenen Settings**

Frau Goldbach, Gesundheitsamt, stellt anhand einer Präsentation die Ziele, Umsetzung, amtsübergreifende Aufgaben und die Wünsche zur Gesundheitsförderung, Thema Ernährungsinformation und -aufklärung, vor. Die Präsentation liegt der Niederschrift bei.

Frau Dr. Sawatzki hat ein Verständigungsproblem, nicht um der Sache willen, sondern mit dem Management. Wie sie den Ausführungen entnehmen konnte, seien nur zwei Mitarbeiterinnen tätig, die versuchen, das vorgestellte Projekt zu bedienen. Aus ihrer Sicht sehr löblich.

Sie fragt an, ob es sich jeweils um Projekte handle, die für zwei oder drei Jahre beantragt werden müssen und bei denen man sich um die Finanzierung, evtl. Eigenmittel, selbst kümmern müsse. Sei angedacht, an den Orten, wo man tätig sein wolle, Multiplikatoren zu gewinnen, damit die Projekte eigenständig weitergeführt werden können.

Frau Goldbach erläutert, dass Multiplikatoren durch die Fachkräfte in den Kitas vorhanden seien und zur Nachhaltigkeit beitragen sollen. An anderen Bereichen werde noch daran gearbeitet, Multiplikatoren zu finden.

Sie sehe ihre Aufgabe darin, mit diesem Projekt eine gesunde Ernährungsweise zu vermitteln und aufzuklären. Eine Finanzierung, um das Projekt in der Praxis umsetzen zu können, sei momentan nicht gegeben.

Frau Dr. Sawatzki merkt an, dass ein wichtiger Aspekt bei der Umsetzung die Einbeziehung der Eltern, gerade bei kleinen Kindern und Schulklassen, unabdingbar sei. Weiterhin sei zu beachten, welche Bedingungen und Grundlagen bei den Betroffenen vorherrschen.

Frau Dr. Lehnert fragt an, wie die Erfahrungen mit den Krankenkassen aussehen. Sie habe vor einiger Zeit versucht, etwas Ähnliches auf die Beine zu stellen. Dazu biete die AOK Plus Programme an. Gescheitert sei der Versuch aber dann an der unterschiedlichen Krankenkassenmitgliedschaft der Einzelnen. Welche Erfahrungen habe Frau Goldbach und ihre Mitarbeiterin in der Zusammenarbeit mit den Krankenkassen gemacht?

Frau Goldbach erwidert, dass bei den Förderschulprojekten eine gute Zusammenarbeit und finanzielle Unterstützung durch eine Krankenkasse bestehe. Bei allen anderen Projekten seien keine Erfolge zu verzeichnen.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann findet es schade, dass es zwar genügend Krankenkassen gebe, aber immer nur eine als Partner fungiere.

Herr Dr. Brockow führt aus, dass die Ernährung der schwierigste Teil der Prävention sei. An dieser Stelle müsse ein schnelles politisches Umdenken erfolgen und entsprechende Angebote zur Verfügung gestellt werden. Ein großes Problem sehe er beim Kantinenessen sowie in den betreuten Wohngruppen.

Frau Goldbach erklärt, dass in den Begegnungs- und Wohnstätten bereits gemeinsam gekocht werde und gutes und preiswertes Essen auf den Tisch komme.

Herr Prof. Kugler stellt fest, dass es zum Thema Ernährung viele Ansätze gebe. So existiere im Bereich der Pflege seit 2002 ein nationaler Pflegestandard Ernährung. Er fragt nach, ob Frau Goldbach bezüglich dieses Standards eine Zusammenarbeit mit anderen erfolge.

Frau Goldbach erläutert, dass ihr Hauptaugenmerk auf präventive Maßnahmen abziele, um Übergewicht und Adipositas zu vermeiden. Dabei halte man sich eher an den Standard der

Deutschen Gesellschaft für Ernährung. Diese Maßstäbe werden in den Ernährungsprojekten umgesetzt in Richtung Mangelernährung.

Herr Prof. Kugler verdeutlicht, dass es nicht nur das Thema Mangelernährung eine Rolle spiele. Besonders bei betreuten Wohngruppen sehe er eine Verbindung hinsichtlich der Pflegeversicherung, welche die Expertenstandards umsetzen müssen. Darauf könnte man aufbauen und zusammenbringen.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann nimmt das als Anregung mit.

Frau Stadträtin Ihle konstatiert, dass bezüglich Verhaltensprävention durch Verhältnisprävention andere Städte viel Geld ausgeben, um die Kitas zu öffnen und die Elternbildung über die Kinderbildung hinzubekommen. Dies sei sicher ein langer Prozess, aber z. B. Städte wie Nürnberg zeigen, dass es möglich sei, familienoffene Kitas zu schaffen und damit gleichzeitig soziale Aspekte abzufedern.

Sie verweist darauf, dass es in Dresden bereits zwei Kitas gebe, die mit Landesmitteln unterstützt werden. Erstrebenswert wäre, wenn man das auch auf die Brennpunktgebiete Prohlis, Gorbitz, Johannstadt und Neustadt etablieren könnte.

Sie frage nach, ob in den Einrichtungen und Schulen das Thema Milch noch eine Rolle spiele. Diese Frage werde mit Ja beantwortet.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann erklärt, dass an dieser Stelle eine geschäftsübergreifende Zusammenarbeit und Kommunizierung erforderlich werde, um die angesprochenen Probleme einer Lösung zuführen zu können. Diese seien in Ansätzen bereits vorhanden. Dabei könne man sich an anderen Städten orientieren, allerdings seien die Strukturen in Dresden etwas anders. Viele der Elternschaften seien berufstätig, sodass der Eigenbetrieb bewusst auf die Nachmittags- und Abendstunden fokussiere, um solche Themen zu bearbeiten, mit unterschiedlicher Resonanz.

3 Bericht zu Arbeitsschwerpunkten im WHO-Projekt "Gesunde Städte"

Frau Dr. Looks informiert darüber, dass zwei neue Broschüren „Bewegung im Stadtteil“ fertiggestellt werden konnten. Gemeinsam mit der Initiative Plauen e. V. sei eine Broschüre „Bewegung im Stadtteil“ für Plauen und die Südvorstadt sowie eine Broschüre für Loschwitz/Wachwitz, die in Zusammenarbeit mit der Seniorenbegegnungsstätte Loschwitz erarbeitet worden sei, herausgegeben werden. Die Resonanz darauf sei gut gewesen. Des Weiteren erfolgte ein Nachdruck der Broschüre für Pieschen.

Sie hoffe, dass das Projekt auch in den nächsten Jahren weitergeführt werden könne. Deshalb habe man einen Antrag mit der TK vorbereitet mit dem Ziel, ein Schulungskonzept zu entwickeln, um „Bewegung im Stadtteil“ an Multiplikatoren weitergeben zu können, die die Projekte selbstständig weiterführen. Angesprochen werden sollen dafür Mitarbeiter in Seniorenbegegnungsstätten bzw. auch Mitarbeiter von Sportvereinen.

Im Weiteren informiert sie zum Projekt „Fit im Park“. Bislang habe sie keine definitive Finanzierungszusage der IKK für 2018 erhalten, da diese sich in einer Umstrukturierung befinde und die bisherigen Partner nicht mehr zur Verfügung stehen, sodass erst im Januar 2018 die ersten Gespräche stattfinden können. Für das nächste Jahr werden auch keine Mittel (Preisgelder) der Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung mehr zur Verfügung stehen, da diese bereits mit dem jetzigen Projekt ausgegeben worden seien.

Geplant sei, im Januar 2018 Gespräche mit der AOK Plus zu führen, um das Projekt vorzustellen. Inwieweit eine Unterstützung möglich sei, könne sie zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen. Weiterhin seien nochmalige Gespräche mit der TK angedacht. Allerdings sei es so, dass bereits das Projekt „Bewegung im Stadtteil“ zur Förderung beantragt werde.

Sie führt weiter aus, dass die Sportvereine das Projekt „Fit im Park“ gern weiterführen würden. Die Idee sei gewesen, dieses Projekt aus den Händen des Gesundheitsamtes auszugliedern und in Form einer anderen Struktur z. B. dem EB Sportstätten oder dem Stadtsportbund anzugliedern. Der Stadtsportbund habe zwar seine Unterstützung zugesichert, allerdings wolle er nicht die komplette Federführung übernehmen. Zurzeit werden Gespräche auch intern geführt, wie es mit dem Projekt weitergehen könne, wenn keine Krankenkasse als Unterstützer gefunden werden könne. Zeitgleich werden auch Gespräche mit der Stadtparkasse geführt.

Abschließend gibt sie zu bedenken, dass eine schnelle Lösung erforderlich sei, um das Projekt auch im nächsten Jahr weiterführen zu können.

Herr Prof. Kugler fragt nach, wie die Chancen aussehen, über die Landesrahmenvereinbarung Prävention das Projekt fördern zu lassen.

Herr Dr. Brockow erklärt, dass sich die Situation momentan als sehr bürokratisch darstelle, da es an ausreichenden Informationen mangle und Strukturen sowie Strategien fehlen. Der Prozess werde derzeit von den Krankenkassen gesteuert. Diese haben ganz genaue Vorstellungen, wie die einzelnen Unterarbeitsgruppen der AG Strategie besetzt werden sollen, die Wissenschaft als auch die Ärzte würden außen vor gelassen. Deshalb sei es zurzeit auch nicht möglich abzuschätzen, was gefördert werden könne.

Frau Dr. Sawatzki habe den Antrag gestellt, dass in der Arbeitsgruppe Strategie nicht nur die Bedarfe, Ziele und Teilziele eingereicht, sondern auch verteidigt werden können. Das sei leider nicht angenommen worden.

Sie führt weiter aus, dass seit September daran gearbeitet werde, die entsprechenden Bedarfe, Ziele und Teilziele zu formulieren, da bis spätestens Anfang des neuen Jahres dieses Material, in Tabellenform, vorliegen müsse.

In ihrer täglichen Arbeit habe sie immer wieder feststellen müssen, dass die Kassen auf ein solches Präventionsgesetz überhaupt nicht vorbereitet seien.

Sie verweist auf das mit vielen Akteuren breit aufgestellte Projekt „Suchtbezogene Problemlagen in der Lebenswelt stationärer Pflegeeinrichtungen“, welches bis auf die Evaluation und Finanzierung fertiggestellt worden sei und von der Landesseniorenvertretung Sachsen direkt an

die Steuerungsgruppe Landesrahmenvereinbarung. Eine Entscheidung, welche Projekte gefördert werden, falle erst im März.

Herr Prof. Kugler konstatiert, dass die gesetzlichen Krankenkassen 500 Mio. Euro pro Jahr für Prävention ausgeben müssen. 5 Prozent der Bevölkerung lebe in Sachsen, bedeute, dass 25 Mio. Euro pro Jahr im Rahmen des Präventionsgesetzes in Sachsen ausgegeben werden müssten. Man befindet sich bereits Ende 2017, also müssten bereits 50 Mio. Euro in Sachsen ausgegeben worden seien. Da stelle er sich schon die Frage, wo und wie das Geld ausgegeben worden sei. Gelder, die nicht ausgegeben worden seien, müssen aber zur Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung umgeleitet werden. Auch an dieser Stelle frage er sich, in welcher Höhe Gelder umgeleitet worden seien.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann fragt nach, ob die eben geschilderte Situation nur in Sachsen so schwierig sei oder auch die 15 anderen Bundesländern betreffe.

Frau Dr. Sawatzki gehe davon aus, dass alle Bundesländer überfordert seien. Sie erinnert daran, dass seit 12. Juli 2016 Sachsen erst das dritte Bundesland gewesen sei, was eine eigenständige Landesrahmenvereinbarung zum Präventionsgesetz habe. Sie wisse nicht, inwieweit die anderen Bundesländer überhaupt schon eine eigene Rahmenvereinbarung abgeschlossen haben.

Frau Dr. Looks ergänzt, dass nach ihrer Kenntnis z. B. Bayern noch keine Landesrahmenvereinbarung habe, aber durch die Kassen Gelder bereitgestellt werden, die von den Kommunen ohne längere Diskussionen abgerufen werden können. Es müsse nur angegeben werden, wofür das Geld benötigt werde. Des Weiteren würden auch Stellen gefördert. So stehen beispielsweise in München vier Gesundheitskoordinatoren in Stadtteilen mit sozialen Bedarfen für fünf Jahre zur Verfügung.

Deshalb sei es für sie unverständlich, wenn sie für das Projekt „Fit im Park“ 15 000 Euro benötige, dies aber abgelehnt werde.

Frau Stadträtin Bischoffberger konstatiert, dass eventuell ein Teil über die Projektförderung im Rahmen der Sportförderung abgedeckt werden könnte. Sie fragt nach, ob es irgendwelche Pläne gebe für den Fall, dass ein Großteil der Finanzen nicht von den Kassen bereitgestellt werden würde, um „Fit im Park“ auch im nächsten Jahr verstetigen zu können.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann erklärt, dass zu allererst die Kassen in die Pflicht genommen werden müssen, zumal es hier nicht um reinen Sport, sondern um Präventionsförderung gehe. An dieser Stelle werde sie nochmals aktiv werden. Des Weiteren werde sie versuchen, ob über die Stiftung der Sparkasse Gelder zur Förderung von Sportprojekten bereitgestellt werden könnten.

Sollte dies alles nicht funktionieren, werde man versuchen, intern eine Lösung in der Verwaltung zu finden, da ihr sehr viel an der Weiterführung dieses Projektes liege.

Frau Stadträtin Bischoffberger bedankt sich bei Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann für ihr persönliches Engagement zur Fortführung des gut angenommenen Projektes „Fit im Park“.

Frau Stadträtin Ihle fragt nach, ob eine Bewerbung der Stadtteilbroschüren auch im Elbhangkurier erfolgt sei.

Frau Dr. Looks bestätigt dies.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann ergänzt, dass Multiplikatoren auch gleichzeitig die Nutzer der Broschüren seien und die Angebote von jedermann genutzt werden können.

4 Informationen/Sonstiges

Inhaltsleer

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann verabschiedet Frau Panek und dankt ihr für die langjährige Mitarbeit im Beirat.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann informiert darüber, dass die nächste Sitzung des Beirates am 26. Februar 2018 stattfindet und schließt die Sitzung.

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann
Vorsitzende

Heidrun Volbrecht
Schriftführerin

Dr. Peggy Looks
Mitglied

Janett Schmiedgen
Mitglied